

**35. Plenarsitzung am 20. April 2011 - Aktuelle Debatte zum Thema:
"Sachsen braucht freiwilliges Engagement - Perspektiven zu jetzigem
Zivil- und Ersatzdienst entwickeln"**

Patrick Schreiber, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten!

Im April 1961, vor genau 50 Jahren, traten die ersten Kriegsdienstverweigerer ihren Dienst an. Seit 1961 haben das insgesamt 2,5 Millionen junge Männer getan. Sie haben ihren Dienst geleistet. Zuletzt waren es 90 000 jährlich.

Nun also, 50 Jahre später, ist quasi die Abschaffung – andere nennen es „Aussetzung“ – des Wehr- und des Zivildienstes durch den Bundestag und – am 15. April – den Bundesrat beschlossen worden. An die Stelle des bisherigen Zivildienstes tritt zum 01.07. dieses Jahres der neue sogenannte Bundesfreiwilligendienst mit insgesamt 35 000 Stellen bundesweit. Parallel dazu erfolgt der Ausbau der geförderten Stellen des Freiwilligen Sozialen und des Freiwilligen Ökologischen Jahres von 25 000 auf ebenfalls 35 000.

Der neue Bundesfreiwilligendienst ermöglicht freiwilliges Engagement in einer sehr großen Breite: im sozialen Bereich, in der Ökologie, in der Kultur, im Sport, im Bereich der Integration, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. Das Besondere an dem neuen Bundesfreiwilligendienst ist, dass künftig ein freiwilliges Engagement für Menschen jeden Alters ermöglicht wird. Der Bund gibt seit diesem Jahr für den Bereich der Freiwilligendienste 350 Millionen Euro aus, sehr geehrte Damen und Herren, so viel wie noch nie.

In Sachsen gab es im April 2011 insgesamt 2 524 Zivildienststellen mit 5 935 Plätzen. Derzeit befinden sich 1 834 Zivis im Dienst. Im Bereich des Freiwilligen Sozialen bzw. des Freiwilligen Ökologischen Jahres fördert der Freistaat Sachsen im Jahr 2011 777 und im Jahr 2012 722 Plätze. Dazu kommen aus ESF-Mitteln weitere 170 FSJ-Plätze für benachteiligte Jugendliche und weitere 300 Plätze im Freiwilligen Ökologischen Jahr.

Wenn man die Plätze des neuen Bundesfreiwilligendienstes mit denen des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Freiwilligen Ökologischen Jahres zusammenrechnet, kommt man relativ schnell zu dem Schluss, dass diese Plätze nicht ausreichen, um die wegfallenden Zivildienstplätze zu 100 % zu kompensieren. Aber ich meine, das kann auch nicht das eigentliche Ziel sein; denn Sie alle wissen, dass gerade im Bereich des Zivildienstes die Jugendlichen viele Leistungen erbracht haben – ich greife zwei heraus: den Hausmeister und den Pförtner in bestimmten Einrichtungen –, bei denen man sich wirklich fragen muss: Sind das die Bereiche, in denen wir Jugendliche in Verantwortung bringen wollen? Oder sind das nicht Leistungen, die von den Einrichtungen anderweitig erbracht werden müssten?

Wir wollen jungen, aber auch älteren Menschen die Chance geben, Verantwortung zu übernehmen. Dies soll nun stärker als bisher durch die Jugendfreiwilligendienste und den neuen Bundesfreiwilligendienst geschehen. Dass dabei noch nicht alles perfekt läuft, ist nur logisch. Wenn Sie sich

anschauen, wie schnell die Debatte zur Abschaffung bzw. Aussetzung des Wehrdienstes und damit des Zivildienstes gelaufen ist, dann wissen Sie: Es ist selbstverständlich, dass bei einem solchen gesellschaftlichen Umbruch nicht gleich alles top sein kann. Es gibt noch viel zu tun; es gibt noch Punkte, die dringend einer Debatte und Beschlussfassung bedürfen. Ich greife ein paar heraus:

Zum Ersten brauchen wir dringend eine Diskussion über die Anerkennung dieser Dienste, beispielsweise bei den Wartesemestern für Studenten. Wir brauchen eine erweiterte Anerkennung der im Freiwilligendienst erworbenen Qualifikation bei einer späteren Berufsqualifikation. Was auch sehr wichtig ist: Wir brauchen eine Angleichung der Regelung zur Fortzahlung des Kindergeldes beim Bundesfreiwilligendienst an die beim Freiwilligen Ökologischen und beim Freiwilligen Sozialen Jahr bereits geltende Regelung.

Was wir ganz besonders brauchen – das ist gleichzeitig eine Aufforderung an die Staatsregierung –, ist eine Imagekampagne für die neuen Freiwilligendienste. So werden wir es schaffen, künftig die Jugendlichen, aber auch die älteren Menschen zu diesen Freiwilligendiensten zu bewegen.

Wir wollen das Jahr 2011 zu einem echten europäischen Jahr der Freiwilligendienste machen. Ich fordere alle Parteien und alle politischen Kräfte sowohl hier im Haus als auch im Deutschen Bundestag auf, sich daran zu beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Teil 2:

(Zuruf des Abg. Thomas Jurk, SPD)

Patrick Schreiber, CDU: – Warten Sie nur ab, Herr Jurk!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Erst einmal vielen Dank für die Redebeiträge. Normalerweise ist es hier gängige Praxis, dass man auf die letzte Fraktion weniger eingeht. Ich möchte aber das Gegenteil tun.

Herr Storr, Sie haben davon gesprochen, dass es ein mangelndes „Wir“ in unserer Gesellschaft gebe. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Wahrnehmung nehmen, wahrscheinlich aus Ihren braunen Sumpfkreisen, in denen das „Wir“ nur das „Wir“ des eigenen Denkens ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Johannes Müller, NPD)

Anscheinend wissen Sie nicht, dass sich bereits heute mehr als ein Drittel aller Deutschen ehrenamtlich engagiert, und das oftmals ohne Bezahlung, oftmals ohne den materiellen Gegenwert, ob das im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, in der Schülernachhilfe, im Jugendverein oder bei den Feuerwehren usw. ist. Ich denke, das verdient großen Dank, statt es hier kleinzureden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Kommen Sie bitte irgendwo in der Realität an, bevor Sie hier solchen Senf von sich geben!

Präsident Dr. Matthias Röbler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Patrick Schreiber, CDU: Ja, bitte.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Bitte.

Andreas Storr, NPD: Vielen Dank, dass ich die Zwischenfrage stellen darf. Ist Ihnen bekannt, dass viele ehrenamtliche Vereine und Initiativen über Nachwuchsmangel klagen? Ist Ihnen das bekannt, und sehen Sie in dieser Tatsache nicht doch den Ausdruck eines Problems, das ich zu beschreiben versucht habe?

Patrick Schreiber, CDU: Herr Storr, dass es das Problem des mangelnden Nachwuchses gibt, wissen wir alle. Aber vielleicht sollten Sie ein Stück Ursachenforschung betreiben. Das Problem ist vor allen Dingen demografisch begründet. Es liegt daran, dass zu wenig Kinder und Jugendliche nachkommen. Die Zahl derjenigen im ländlichen Raum ist noch niedriger, weil viele in die großen Städte abwandern, um zu studieren und zu arbeiten.

(Dr. Johannes Müller, NPD: Was machen Sie dagegen? – Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

– Halten Sie doch endlich mal den Mund und hören Sie erst einmal zu, Herr Gansel!

Genau aus diesem Grunde ist es richtig, dass der neue Bundesfreiwilligendienst beispielsweise auch für ältere Generationen geöffnet wird, weil wir die Freiwilligkeit in allen Generationen brauchen.

Ich möchte etwas zu Herrn Pellmann sagen. Herr Pellmann, nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich habe Ihre eigene Parteistrategie etwas vermisst. Wenn man sich die Reden Ihrer Parteigenossen aus dem Bundestag anschaut, stellt man ganz schnell fest, dass sie diesen Bundesfreiwilligendienst überhaupt nicht wollen. Deswegen frage ich mich auch ein bisschen, warum Sie das hier nicht stringent fortführen und sagen, Sie sind gegen diesen Bundesfreiwilligendienst.

Das ist dort klar zum Ausdruck gekommen. Ich gebe Ihnen allerdings recht, was das Thema Pflege angeht. Das heißt für uns: Wir brauchen unabhängig von der

gesamten Diskussion um Freiwilligendienste eine externe Pflegedebatte. Aber Fakt ist auch eines: Sie können nicht erwarten, dass Zivildienstleistende, die mit dem Wegfall des Zivildienstes jetzt in diesem Sinne nicht mehr vorhanden sind, genau die Arbeit leisten, die Pflegefachkräfte zu leisten haben. Ich gebe Ihnen recht, dass wir eine Pflegedebatte führen müssen. Ich bin gespannt, wie konstruktiv Sie sich daran beteiligen.

Zu Herrn Homann. Herr Homann, ich finde es schon recht erstaunlich. Am letzten Freitag – Sie haben es gesagt – hat sich der Bundesrat mit dem Thema Bundesfreiwilligendienste beschäftigt. Ich weiß nicht, was Sie wollen, aktueller geht es doch gar nicht. Hätten wir die Debatte im Vorfeld dieser Entscheidung im Bundesrat geführt, dann hätten Sie sich hingestellt und gesagt: Warum führen wir denn die Debatte heute? Das ist doch noch gar nicht beschlossen! – Sie machen das doch am Ende nur deshalb, damit Sie hier irgendetwas meckern können. Da meckere ich jetzt einfach zurück und frage Sie: Warum haben Sie denn in Ihrer Regierungszeit auf Bundesebene an dieser Stelle nichts getan bzw. nicht so viel getan? Warum denn nicht?

(Zurufe von der SPD)

Dass die GRÜNEN sich damals in Sachen Abschaffung der Wehrpflicht an der SPD die Zähne ausgebissen haben, ist allseits bekannt. Aber warum leugnen, verleugnen oder negieren Sie jetzt das, was sich gesellschaftlich im Umbruch befindet? Fakt ist doch eines: Niemand hätte vor einem Jahr oder vor anderthalb Jahren gedacht, dass es die Wehrpflicht in dem Sinne in derart kurzer Zeit nicht mehr geben wird.

(Zuruf des Abg. Thomas Jurk, SPD)

Vor einem Jahr habe ich mit FSJ-lern zusammengesessen und darüber philosophiert, dass nach meiner Meinung der beste Weg wäre, künftig irgendwann einen Bundesdienst, einen Freiwilligendienst zu haben, bei dem man sich entscheiden kann, ob man eine Art Zivildienst, FSJ und FÖJ leistet oder ob man beispielsweise freiwillig bei der Bundeswehr dient. Ich hätte nie gedacht, dass es binnen eines Jahres dazu käme. Nutzen wir doch jetzt gemeinsam die Chance, ohne uns gegenseitig irgendwelche Dinge auf das Butterbrot zu schmieren!

Sie haben die Doppelstruktur angesprochen. Das ist grundsätzlich richtig, ich gebe Ihnen recht.

(Beifall des Abg. Henning Homann, SPD)

Ich meine aber auch, das Ziel ist – das geht über die Parteigrenzen hinweg –, dass künftig Bundesfreiwilligendienst, FSJ und FÖJ irgendwann in einem Dienst verschmelzen. Aber Sie wissen ganz genau, warum das derzeit nicht möglich ist. Die Gelder, die der Bund dafür bereitstellt – ich habe vorhin gesagt, es sind mittlerweile 350 Millionen Euro, so viel wie noch nie –, müssten direkt an die Kommunen gezahlt werden. Da sind es genau Ihre Partei und die Partei von Herrn Pellmann, die diese Leistungen des Bundes überall in soziale Bereiche in

den Kommunen stecken, ob das Sozialtickets oder sonst etwas sind, sodass diese Mittel am Ende bestimmt nicht im Bundesfreiwilligendienst landen.

(Zurufe von der SPD)

Genau das ist der Grund, warum man das jetzt erst einmal über Dienstverhältnisse mit dem Bund machen will. In meinen Augen ist das auch erst einmal der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen diesen Weg konstruktiv begleiten, wir sehen einen Sinn darin. Ich fordere Sie auf, sich daran ebenso zu beteiligen.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Das war für die einbringende Fraktion der CDU Herr Kollege Schreiber. – Jetzt sehe ich zwei Meldungen zu Kurzinterventionen. Ich beginne mit Herrn Pellmann. Bitte, Herr Pellmann.

Dr. Dietmar Pellmann, DIE LINKE: Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Schreiber – wunderbar, Sie hören zu, das unterscheidet Sie von manchem anderen Ihrer Kollegen –, ich will eindeutig klarstellen: Weder bin ich noch ist meine Fraktion noch meine Partei gegen freiwilliges Engagement. Wir befürworten es, wir tun alles, damit es sich in einer Zivilgesellschaft entwickeln kann. Aber – jetzt kommt es –, wogegen wir sind, ist, dass faktisch freiwilliges Engagement Lückenbüßer für andere durch professionelles Tun notwendige Entwicklung ist. Das ist das Problem.

Ich habe deshalb die Dinge vorhin so deutlich dargestellt, weil ich der Auffassung bin: Freiwilligendienste – oder wie immer Sie das bezeichnen mögen – können vornehmlich im Pflegebereich den Notstand, auf den wir hinsteuern, nicht lösen. Ohne eine ausreichende professionelle Infrastruktur wird auch kein Freiwilligendienst, welcher Art auch immer, sinnvoll sein. Das will ich deutlich sagen. Hören Sie also bitte auf, uns zu unterstellen, dass wir etwa gegen freiwilliges oder bürgerschaftliches Engagement wären.

(Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Auf diese Kurzintervention von Herrn Pellmann reagiert Herr Kollege Schreiber prompt. Bitte.

Patrick Schreiber, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Pellmann, ich habe Ihnen nicht unterstellt, dass Sie als Partei, als sächsische Landtagsfraktion oder als Bundestagsfraktion gegen freiwilliges Engagement sind. Gemäß dem Protokoll über die 99. Sitzung der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vom 24. März hat Ihr Kollege Harald Koch aus der Fraktion DIE LINKE zum

Thema „Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes“ gesprochen. Da können Sie ganz konkret nachlesen, dass sich die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes ausgesprochen hat.

(Hört, hört! von der CDU)

Das ist schwarz auf weiß nachlesbar.

Fakt ist auch eines: Vielleicht beginnen wir irgendwann einmal, die Sache andersherum zu diskutieren, nämlich welche Chancen dieses freiwillige Engagement in den verschiedenen Bereichen nach wie vor gerade für die Jugendlichen, aber auch für die älteren Menschen mit sich bringt. Ich denke, wenn Sie das einmal so herum diskutieren, werden Sie am Ende zu einem völlig anderen Schluss kommen.

Es geht im Übrigen auch nirgendwo darum, dass man irgendwelche Hartz-IV-Empfänger oder sonst wen in diese Freiwilligendienste zwingt. Auch das hat der sozial-politische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag klar dargestellt. Es geht darum, dass diese Frauen und Männer dafür geeignet sein müssen. Das ist ganz klar. Niemand aus der Unionsfraktion hat irgendwo gesagt, dass man Hartz-IV-Empfänger in diese Bereiche, in diese Freiwilligkeit zwingen will. Man kann sie auch gar nicht zwingen.

Hören Sie also auf, die Debatte von hinten aufzuzäumen. Überlegen Sie vielmehr einfach einmal, welche Chancen diese Angelegenheit für unsere gesamte Gesellschaft hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Eine weitere Kurzintervention trägt jetzt der Abg. Storr für die NPD-Fraktion vor. Bitte.

Andreas Storr, NPD: Herr Schreiber, ich möchte gern noch einmal den Faden aufgreifen, den ich mit meiner Frage gelegt habe und wozu Sie mir zumindest ein Stück weit eine Antwort gegeben haben. Sie haben es sich aber sehr leicht gemacht, indem Sie einfach gesagt haben: Die Nachwuchssorgen stehen in einem ausschließlichen Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung. –

Wenn Ihre Antwort zutreffen sollte, würde das bedeuten, dass zum Beispiel in Westdeutschland dieses Problem nicht bestünde, weil die demografische Entwicklung dort nicht derart extrem ist wie beispielsweise hier in Sachsen. Aber bekanntermaßen sind die Probleme dort genauso vorhanden. Insofern würde ich schon meine These aufrechterhalten.

Ich will Ihnen noch ein anderes Beispiel geben. Ich habe mit sehr großem Interesse einen Artikel von Herrn Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière in der „Sächsischen Zeitung“ gelesen, worin er quasi beschreibt – daraus würde ich gern zitieren, weil das vielleicht doch einen gewissen Erkenntnisgewinn gibt –, wie er Freiwillige für die Bundeswehr motivieren will. Er

schreibt: „Die Bundeswehr bietet attraktive Bedingungen und interessante Aufgaben. In welchem anderen Beruf ist es möglich, bereits in so jungen Jahren Verantwortung zu übernehmen und einen Dienst für unser Land zu leisten? Welcher Beruf bietet eine größere Vielseitigkeit? Wo sonst finden sich professionelle Aus- und Weiterbildung in Verbindung mit attraktiven Arbeitsbedingungen?“

Das ist im Grunde genommen eine Stellenbeschreibung, in der man sich interessant macht, in der man sicherlich eine Perspektive bieten, sich gut darstellen und verkaufen will. Aber es ist letztendlich nicht die Aufgabe, das Eintreten für den Gemeinwohl, mit dem man im Wesentlichen argumentiert, einmal abgesehen von der Floskel „Dienst für unser Land“, mit der heute wahrscheinlich viele leider nichts mehr anfangen können. Das Kernproblem ist, dass wir in unserem Land eben kein Wir, kein Gemeinschaftsgefühl mehr haben und damit auch keine Gemeinschaftsverantwortung. Das wollte ich noch einmal gesagt haben. Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Auf die Kurzintervention reagiert erneut Herr Kollege Schreiber.

Patrick Schreiber, CDU: Herr Storr, ich denke, das Grundproblem liegt darin, dass wir eine unterschiedliche Definition von „unser Land“ haben. Das ist ein Grundproblem. Ich kenne genügend Leute, die unter anderem zur Bundeswehr –

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Herr Gansel, halten Sie doch einfach den Mund und hören Sie erst mal zu, dann können Sie schimpfen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD – Zuruf von der CDU: Das würde helfen, Herr Gansel! – Holger Apfel, NPD: Sie rufen doch auch andauernd dazwischen!)

Ich kenne genügend Menschen, die sich freiwillig auch deshalb zum Bund melden – oder bisher zum Zivildienst und zukünftig wahrscheinlich auch zu den Freiwilligendiensten –, weil sie für sich etwas machen wollen. Aber ich sage Ihnen ganz deutlich: Mir ist jemand lieber, der sich für ein freiwilliges Engagement auch deshalb meldet, weil er ein Wartesemester überbrücken muss und weil er vielleicht noch nicht weiß, ob er in einen Pflegeberuf will oder nicht, und sich erst einmal ausprobiert, als jemand, der in eine Lehre geht und diese nach fünf Monaten abbricht.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, da tut der, der erst einmal für sich entschieden hat, ich gehe in den Bereich, mehr für unser Land als der, der letzten Endes nach fünf Monaten eine Lehre abbricht. Das müssen Sie anerkennen.

Fakt ist: Wenn Sie hier über Demografie reden, dann tun Sie mir doch den Gefallen und informieren sich erst einmal über das Thema. Dann kommen Sie nämlich irgendwann auf den Trichter, dass der Westen Deutschlands genau die gleichen demografischen Probleme haben wird bzw. schon hat wie der Osten Deutschlands bereits seit geraumer Zeit. Das sollten Sie vielleicht einmal nachlesen oder sich zumindest informieren, bevor Sie hier solch einen Senf von sich geben; Entschuldigung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)